

Berliner Kompass



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Ausgabe 19/2011

30. September 2011



Euro-Rettungsschirm erweitert

Der Bundestag hat am Donnerstag mit überwältigender Mehrheit der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zugestimmt. Damit wird der deutsche Garantierahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) von bislang 123 Milliarden Euro auf rund 211 Milliarden Euro erhöht. Die EFSF soll mit einem Volumen von 440 Milliarden Euro Staaten der Euro-Zone vor Zahlungsschwierigkeiten schützen. Neben der Erhöhung des Garantierahmens ist vorgesehen, seine Instrumente zu erweitern.

Hans-Werner Kammer hat sich seine Zustimmung zum Rettungsschirm nicht leicht gemacht: „Ich habe die sich widersprechenden Stellungnahmen zahlloser Experten gehört. Am Ende bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass Deutschland mit diesem Gesetz besser gedient ist als ohne es.“



„Wir sind in einer außergewöhnlich schwierigen Lage, weil die Nervosität an den Finanzmärkten hoch ist“, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Debatte, die der Abstimmung vorausging. Diese Volatilität könne sich auch negativ auf die Realwirtschaft auswirken, wie die Staatenwelt bereits in der Bankenkrise erlebt habe, fügte er hinzu. Um die Zustimmung der Abgeordneten zu der Reform warb er mit den Worten: „Und deshalb ist es klug, dass wir unsere Verantwortung in großem Ernst wahrnehmen.“ Europa hänge an der Stärke der deutschen Wirtschaft. Deshalb müsse die Bundesregierung mit ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass Deutschland ein Motor des europäischen Wachstums bleibe, sagte Schäuble.

Schäuble kündigte weitgehende Transparenz beim Euro-Rettungsschirm an: „Es wird hier auch nichts verheimlicht oder verschwiegen.“ Bislang seien zu Lasten der EFSF 26 Milliarden Euro für Portugal belegt, für Irland 17,7 Milliarden Euro, erläuterte er. Ausbezahlt seien bislang nur die jeweils bewilligten Raten. Voraussetzung für die Bewilligung wiederum sei die Umsetzung eines Konsolidierungsprogramms. Im Falle von Griechenland wird die nächste Tranche nur dann genehmigt, wenn die sogenannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds am 13. Oktober ein positives Votum abgibt.

Neuigkeiten aus Berlin

Mit dem „Sixpack“ zu mehr Stabilität im Euro-Raum

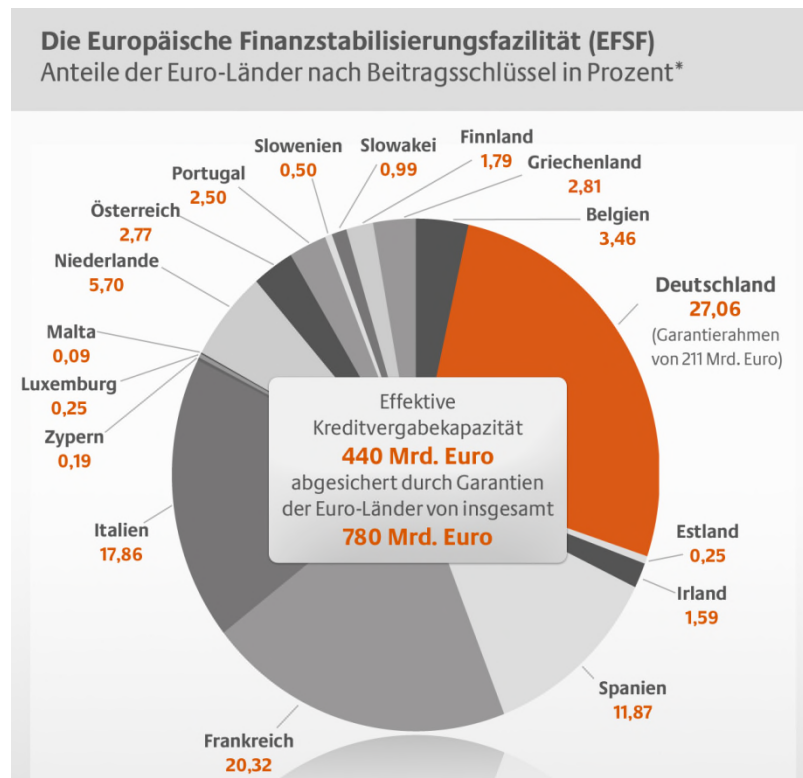
Die Haushaltsdisziplin der EU-Staaten wird künftiger strenger überwacht. Geldstrafen gegen Defizitsünder können früher verhängt werden und höher ausfallen. Das Europaparlament billigte in der vergangenen Woche eine entsprechende Strategie zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das aus sechs Gesetzen bestehende Maßnahmenpaket, das auch Sixpack genannt wird, ist eine Reaktion auf die Krise im Euro-Raum.

Auch ohne eine Änderung der europäischen Verträge sind mit dem Sixpack entscheidende Verbesserungen vor allem der wirtschaftspolitischen Koordinierung möglich. Mitgliedstaaten sollen künftig nicht nur bei einer jährlichen Neuverschuldung von mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bestraft wer-

den können, sondern auch dann, wenn ihr Gesamtschuldenstand sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigt.

Außerdem sind sie zu einer jährlichen Reduzierung ihrer Schulden verpflichtet. Halten sie sich daran nicht, drohen quasi automatisch Sanktionen. Der Finanzministerrat kann sie in fast allen Fällen nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit kippen.

Eine wichtige Konsequenz aus der Krise ist auch, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verringern. Wer künftig den Empfehlungen des Rates nicht folgt und seine Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöht, muss jährlich bestimmte Summen auf ein Sperrkonto hinterlegen. Sie können dann als Bußgeld eingezogen werden.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit – im Dienste der Menschen

In dieser Woche haben wir Bilanz über 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit gezogen. Im November 1961 wurde von der von Konrad Adenauer geführten Bundesregierung das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet. Dieses Jubiläum ist Anlass, in einer Debatte im Deutschen Bundestag über die Leistungen der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Teil der wertegeleiteten deutschen Außenpolitik. Sie dient auch unseren eigenen Interessen, wenn es um Fragen der Weltbevölkerung, der Rohstoffsicherheit oder der Entwicklung ländlicher Räume in Entwicklungsländern geht. Angesichts der Hungerkatastrophe in Ostafrika ist gerade die Förderung der Landwirtschaft ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit.

Auch für diese Legislaturperiode hat sich die Koalition das Ziel gesetzt, die öffentlichen Entwicklungsleistungen weiter anzuheben. Seit die Union die Bundesregierung führt, hat der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kräf-

tige Steigerungen erfahren. So wurde dieser Etat seit 2005 auf 6,33 Milliarden Euro erhöht und ist damit etwa um 60 % gewachsen. Neue Akzente konnten aber auch durch wichtige Strukturreformen gesetzt werden. Durch die Einbeziehung des Privatsektors und die Neuorganisation der Durchführungsorganisationen wird die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit noch wirkungsvoller. Diese konkrete Hilfe ist für die Menschen vor Ort wichtiger als jedes noch so wohlklingende Versprechen.



Zahl der Woche

Piratenpartei – eine abermalige Spaltung der Linken? Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat die Piratenpartei Deutschland am 18. September 8,9 % der Stimmen gewinnen können. Sie zieht mit insgesamt 15 Mandaten in den Berliner Landtag ein und verfügt damit über nur fünf Sitze weniger als Die Linke. Laut infratest dimap wanderten insgesamt 17 000 Wähler der Grünen, 14 000 Wähler der SPD und 13 000 Wähler der Linkspartei zu den Piraten. FDP und CDU verloren hingegen nur 6 000 respektive 4 000 Stimmen an die Piraten. Zusätzlich konnten die Piraten 23 000 Nichtwähler mobilisieren und 22 000 Wähler der Sonstigen gewinnen. Der durchschnittliche Wähler der Piratenpartei ist zwischen 18 und 34 Jahren alt, männlich und besitzt einen hohen formalen Bildungsabschluss. In den Gruppen der 18 bis 24-Jährigen und 25 bis 34-Jährigen liegt der Wähleranteil bei je 16 %, doch auch unter den 45 bis 59-Jährigen konnte die Piratenpartei 8 % der Stimmen gewinnen. Die Hochburg der Piratenpartei liegt mit Friedrichshain-Kreuzberg in einem Teil des Wahlbezirkes, den bei der letzten Bundestagswahl Bündnis90/Die Grünen direkt gewann.

(Quelle: *Parteienmonitor Aktuell* der Konrad-Adenauer-Stiftung)



Überregulierung beim Seefischereigesetz vermeiden

Bagatellregelung einführen - Fischer nicht kriminalisieren

Im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat am Mittwoch eine Anhörung zum Entwurf eines Seefischereigesetzes stattgefunden. Thema waren zwei Verordnungen der EU-Kommission zur Bekämpfung illegaler Fischerei. Illegale Fischerei muss verfolgt, bekämpft und bestraft werden. Schwarzen Schafen muss das Handwerk gelegt werden, denn sie gefährden die Fischbestände. Jetzt geht es darum, diese Verordnungen national so umzusetzen, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Die EU-Regelungen müssen deshalb eins zu eins im Seefischereigesetz umgesetzt werden. Nationale Alleingänge darf es nicht geben. Das fordern die Fachpolitiker der Unionsfraktion.

Mit der Einführung eines Sanktionssystems bis hin zum Entzug des Kapitänspatents bei schweren Verstö-

ßen geht der Regierungsentwurf über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des EU-Rechts hinaus. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird hier nicht eingehalten. Dringend notwendig ist daher eine Bagatellregelung, um Fischer nicht zu kriminalisieren.

Die Unionsfraktion im Bundestag nimmt die Kritik der Sachverständigen sehr ernst und wird sich noch einmal intensiv mit dem Vorhaben befassen. Deutsche Fischer sollen nicht durch eine Überregulierung gegenüber Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten benachteiligt werden. Dies gilt sowohl für das Seefischereigesetz als auch für die Reform der Gemeinsamen EU-Fischereipolitik und deren Umsetzung in Deutschland.

Guter Tag für Kommunen: Entlastung um 50 Milliarden Euro bis 2020

Die Koalition plant, die Kommunen allein bis 2015 in einer Größenordnung von mehr als zwölf Milliarden Euro zu entlasten. Das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wurde gestern in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Dazu erklärte Hans-Werner Kammer: „Heute ist ein guter Tag für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland. Denn die Finanzkraft der Kommunen wird durch die christlich-liberale Bundesregierung entscheidend gestärkt.“

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen erhöht der Bund seine Beteiligung an den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 2012 werden 45 Prozent der Kosten übernommen, 2013 sind es 75 Prozent. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund diese Ausgaben vollständig erstatten. Gemeinsam mit dem bereits beschlossenen Bildungspaket entlastet der Bund die Kommunen bis

2020 in einer Größenordnung von mehr als 50 Milliarden Euro.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen beseitigen wir einen kommunalfeindlichen Akt der früheren rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2003. Damals wurde die Altersgrundsicherung eingeführt und auf die Kommunen übertragen, ohne für die notwendige Finanzierung zu sorgen. Seit ihrer Einführung haben sich die Kosten dieser Grundsicherung verdreifacht. Die jetzt beginnende Kostenübernahme der Altersgrundsicherung durch den Bund reiht sich ein in viele kommunalfreundliche Wegmarken der christlich-liberalen Koalition.

Kammer: „Der Wohlstand in Deutschland kann nur mit leistungsfähigen Kommunen gesichert werden. Wir wollen den Menschen vor Ort die Chancen und Möglichkeiten geben, damit sie ihre Heimat selbst gestalten können.“

Signal für Berliner Schloss - CDU/CSU-Arbeitsgruppe übergibt private Spende



Die Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Mittwoch eine private Spende ihrer Mitglieder an die Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum übergeben. Arbeitsgruppenmitglied Hans-Werner Kammer sagt dazu:

„Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses ist das bedeutendste nationale und internationale Kulturprojekt der nächsten Jahre. Mit der Eröffnung der Schlossbau-

hütte ist ein weiterer Schritt zur Realisierung des Projektes unternommen worden. Die Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der CDU/CSU-Fraktion nahm das zum Anlass, eine kollektive Privatspende ihrer Mitglieder zu übergeben. Wir finanzieren damit einen Widderkopf als Teil der historischen Fassade. Wir freuen uns darauf, ihn baldmöglichst am fertigen Gebäude wiederzuentdecken.

Damit unterstützen wir die Arbeit der verschiedenen Vereine und Bündnisse, wie z. B. den Förderverein Berliner Schloss e. V., die um Spenden für das Projekt werben. Es wird immer wichtiger, dass sich die Bevölkerung, Firmen, Verbände, Stiftungen und besonders leistungsfähige Persönlichkeiten mit ihrer Zuwendung für diesen großen kulturellen Schlussbaustein der Berliner Museumsinsel, die in der Welt immer ganz einmalig sein wird, konkret engagieren.“

Für mehr Sicherheit auf See

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes und den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen einstimmig zugestimmt. Das Gesetz dient der Anpassung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes (SUG) an europäisches Recht. Das SUG erhält darüber hinaus eine neue und klarere Struktur. Die zuständigen Berichterstatter der Koalition, die Abgeordneten Hans-Werner Kammer (CDU) und Torsten Staffeldt (FDP), begrüßen die Einigung.

Staffeldt: „Es ist uns gelungen, das SUG im Zuge der Anpassung schlanker und effektiver zu gestalten. Das für Seefahrer wichtige Widerspruchsverfahren bei Verstößen bleibt auch in Zukunft erhalten. Dadurch wird gewährleistet, dass auch weiterhin erfahrene Nautiker sachkundig darüber entscheiden. Einschränkungen der Freiheit der Berufsausübung bleiben im rechtsstaatlichen Verfahren.“

Kammer und Staffeldt hatten sich im Laufe des parlamentarischen Verfahrens für die Schließung einer Regelungslücke bei Fällen von Alkoholmissbrauch eingesetzt. Bislang war nicht eindeutig geregelt, ob Wasserfahrzeuge auch zu Zwecken der Verkehrskontrolle einschließlich der Kontrolle der Verkehrstüchtigkeit der Besatzungsmitglieder angehalten werden dürfen. Durch den Änderungsantrag der Koalition ist nun gewährleistet, dass in Fällen von Alkoholmissbrauch sofort Fahrverbote bei Trunkenheitsfahrten ausgesprochen werden können.

„Wir wollen mehr Sicherheit auf deutschen Wasserstraßen“, so der Unionsabgeordnete Kammer: „Alkoholmissbrauch stellt ein großes Risiko für die Verkehrssicherheit dar. Nun haben die Behörden endlich ein Instrument in der Hand, um schnell einschreiten zu können.“



Diese Woche im Plenum

In dieser Woche wurde die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS)** beschlossen. Das UNMISS-Mandat für den seit dem 9. Juli 2011 formell unabhängigen Südsudan wurde bereits vor der Sommerpause aufgrund eines konsolidierten Entwurfes des Sicherheitsratsmandates beschlossen. Wie geplant, soll nunmehr aufgrund des gültigen UNMISS-Mandates des Sicherheitsrates erneut ein Bundestagsmandat befristet bis zum 15. November 2012 erteilt werden. Die Obergrenze ist weiterhin auf 50 Soldatinnen und Soldaten begrenzt, derzeit sind elf deutsche Soldaten im Rahmen von UNMISS im Einsatz.

Mit dem **Neunzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes**, das in dieser Woche verabschiedet wurde, schaffen wir ein verfassungskonformes neues Wahlrecht, das – entsprechend der Forderung des Bundesverfassungsgerichts – das negative Stimmgewicht weitgehend ausschließt. Dieses wird erreicht durch die Abschaffung der Landeslistenverbindungen. Zudem wird eine tendenzielle Reduzierung der Überhangmandate bewirkt. Die bewährte Struktur unseres personalen Verhältniswahlrechts wird beibehalten.

Mit dem nach zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen** wird das im Lande vorhandene Fachkräftepotential besser erschlossen. Die Bewertung und Anerkennung von Qualifikationen, die aus dem Ausland mitgebracht wurden, wird verbessert. Das erhöht die Attraktivität Deutschlands und verringert den Fachkräftemangel. Wo der Bund zuständig ist, gibt es künftig den Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit vergleichbaren inländischen Abschlüssen.

Abschließend beraten wurde das **Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und**

strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, mit dem ein spezieller Entschädigungsanspruch bei überlangen Verfahren eingeführt wird. Dieser Anspruch umfasst den Ersatz des materiellen Schadens sowie der immateriellen Nachteile, soweit nach den Umständen des Einzelfalles eine Wiedergutmachung auf andere Weise nicht möglich ist. Die im deutschen Recht bisher vorhandenen Rechtsbehelfe bei überlangen Verfahren genügen nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht. Hier wird nun Abhilfe geschaffen.

Das nun verabschiedete **Neunte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes** schafft eine Härtefallregelung, um dauerhafte Familientrennungen bei Spätaussiedlern zu vermeiden. Künftig wird es im Härtefall möglich sein, den Ehegatten oder Abkömmling eines Spätaussiedlers nachträglich in dessen Aufnahmebescheid einzubeziehen. Dies gilt in Fällen, in denen der Spätaussiedler bereits in Deutschland seinen ständigen Aufenthalt hat und der bisher im Aussiedlungsgebiet verbliebene Ehegatte oder Abkömmling die sonstigen – insbesondere auch die sprachlichen – Voraussetzungen nach dem Bundesvertriebenrecht erfüllt.

Nach zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag das **Achte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes** verabschiedet. Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach wie vor ungebrochen. Mit der Novelle werden die zum 31. Dezember 2011 auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten daher bis zum 31. Dezember 2019 verlängert und der überprüfbare Personenkreis ausgeweitet. Zudem sollen ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die derzeit beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beschäftigt sind, ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz umgesetzt werden.

Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Lies entlarvt sich wieder als Populisten



Hans-Werner Kammer, der als Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestag erfolgreich für die Zweigleisigkeit der Eisenbahnstrecke Oldenburg - Wilhelmshaven gekämpft hat, kritisiert die Äußerungen von Olaf Lies zur fehlenden Elektrifizierung der Hafen-Hinterlandanbindung. Der Bundespolitiker ist erstaunt darüber, dass der SPD-Landesvorsitzender hier Krokodilstränen vergießt: „Bis 2009 war das Bundesverkehrsministerium fest in SPD-Hand. Wir waren über die jämmerlichen Vorbereitungen entsetzt!“ In Anbetracht dieses Dilettantismus‘ sei die Zweigleisigkeit schon ein Erfolg: „Wenn die SPD-Verkehrsminister

ordentlich gearbeitet hätten, gäbe es jetzt eine zweigleisige Strecke mit Oberleitung.“

Kammer bedauert auch, dass Lies den JadeWeserPort mit Schein-Argumenten schlechtredet: „Es ist klar, dass Großkunden auch zusammenhängende Züge, die von A nach B fahren, benötigen.“ Der Wechsel von der Diesel zur E-Lok sei dabei zweitrangig - Hauptsache sei, dass der Zugverband geschlossen bliebe. Und das sei gewährleistet.

Lies müsse sich auch fragen lassen, was das Land vor dem Hintergrund der jahrelangen SPD-Versäumnisse, die er im Kreistag und Gemeinderat als braver Parteisoldat über Jahre mucksmäuschenstill gebilligt habe, nun konkret tun könne und solle. „Druck machen“ komme - so Kammer - aus dem Wörterbuch für ahnungslose Populisten: „Lies soll konkret werden, wenn er wider Erwarten etwas zu sagen hat.“ Kammer führt die künstliche Aufregung auf die innerparteiliche Urwahl des Spitzenkandidaten in der SPD zurück: „Beim Promi-Reiten in Oldenburg macht Lies derzeit eine bessere Figur als in der Regionalpolitik!“

Nächste Woche ist Wahlkreiswoche

Auszug aus dem Terminkalender

- 1. Oktober 2011:** Teilnahme am JadeWeserPortCup in Wilhelmshaven
- 3.-6. Oktober 2011:** Delegationsreise der CDU-Landesgruppe Niedersachsen
- 10. Oktober 2011:** Bürgergespräche im Wahlkreisbüro

Impressum

Hans-Werner Kammer, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Peter Ittenbach
Telefon: 030 / 227-77 199
Fax: 030 / 227-76 199
hans-werner.kammer@bundestag.de